

3

ROLL AUS

In Bochum fährt im Dezember der letzte Opel vom Band: Podiumsdiskussion stellte Fragen nach der Zukunft.

4

FASS AN

Wissenschaftsministerin auf Tuchfühlung mit Studis: Svenja Schulze war an der RUB voll „in Touch“.

5

FILM AB

Vom Roma-Schicksal bis zum Raumschiff Ruhr-Uni: Das *Blicke*-Filmfestival bot ein vielfältiges Programm.

8

REISS EIN

Grenzen durchbrechen: FlüchtlingsaktivistInnen propagieren mit provokanten Aktionen einen europäischen Mauerfall.

DIE :bsz-GLOSSE

Auf den Punkt

Berührungängste: Sich nicht rantrauen, sich abgrenzen, gar den Kontakt fürchten. Aber solche Ängste kann man bekämpfen, per Schocktherapie. Die Juso-Hochschulgruppe lädt zum Beispiel ein zur Veranstaltungsreihe „SozialdemokratInnen in Touch“. Das wär's doch: Ein Date an der Uni mit der alten Dame SPD. Die ist immerhin schon über 150 Jahre alt und hatte ihrerzeit weder bei des Kaisers Kriegskrediten noch bei Freikorps Berührungängste. Wird man sich näherkommen? Ob es knistern wird? Aber wie soll bei dem miesen Security-Personal auf dem Campus überhaupt eine sichere Grundlage für Berührungen geschaffen werden? Für die meisten ist doch in dieser Hinsicht der November ohnehin Fröstelzeit. Dem Semesterticket droht das Ende, die neoliberale Uni blüht munter auf – politisch also Stillstand, soweit man blickt: Auch an den EU-Außengrenzen, wo Frontex als bewaffneter Arm unserer Berührungängste wacht. Und wer die Grenzen mit kreativem Protest durchbrechen will, denen kommen die Sicherheitskräfte näher als ihnen lieb sein kann. Da wären Berührungängste mal wirklich angebracht. **:bent**

BESUCH UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr unter:
www.bszone.de
www.facebook.de/bszbochum



Taube Ohren beim VRR: Wenn es nach dem Verkehrsverbund geht, wird das Semesterticket alles andere als bezahlbar bleiben.

Foto: USch

MOBILITÄT

Semesterticket: Verkehrsverbund riskiert 66,5 Millionen Euro VRR bald pleite?

Nachdem der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) den Studierendenschaften im Sommer die Semesterticket-Verträge gekündigt hat (die :bsz berichtete), gibt es hinter den Kulissen ein Tauziehen zwischen ASten und VRR-Vorstand um einen neuen Vertrag ab Wintersemester 2015/16. Mit der einseitigen Kün-

digung will der VRR Preiserhöhungen von über 40 Prozent durchdrücken und setzt zugleich feste Einnahmen von rund 66.524.000 Euro jährlich aufs Spiel. Die :bsz war für Euch dabei, als sich VRR-Chef José Luis Castrillo am vergangenen Donnerstag an der FH Dortmund erstmals der Kritik eines Studieren-

denparlaments (StuPa) stellte. Für den 3. Dezember (17 Uhr) ist Castrillo ins StuPa der RUB eingeladen.

:Die Redaktion

➔ MEHR AUF
METRO:POLIS (SEITE 3)

MENSAPREISE

Akafo stellte sich studentischem Feedback: Kommt das Sparmenü? Verbesserungen beim Campusmampf in Sicht

Unter dem Titel „Neue Rezepte für das Akafo?“ stellten sich Ezzedine Zerria und Manuela Hildebrand vom Mensa- und Cafetenbetreiber Akafo letzte Woche Montag für einen Dialog mit der Studierendenschaft in der GB-Cafete zur Verfügung. Chef-Campusgastronom Zerria räumte Fehler in der bisherigen Kommunikation ein, setzte einige Verbesserungsvorschläge jedoch bereits um und stellte ein tägliches Sparmenü in der Mensa in Aussicht. Gleichzeitig kritisierte er aber das mangelnde Feedback von studentischer Seite.

Neben dem Akafo-Vertreter und der Akafo-Vertreterin sowie den beiden angekündigten studentischen Repräsentanten, Martin Wilken (AStA-Vorsitzender) und Simon Gutleben (studentischer Vertreter im Akafo-Verwaltungsrat) fanden sich lediglich fünf weitere Studierende in der GB-Cafete ein. Trotzdem ging Zerria auf die vorgebrachte Kritik ein und hat auch bereits reagiert: So kostet immerhin die Literflasche Mineralwasser in den Cafeterien statt einem Euro nun 80 Cent.

Einig seien sich alle Anwesenden laut Zerria darüber gewesen, dass eine Preisanpassung in der Campusgastronomie not-

wendig war; gestritten wurde jedoch über das Ausmaß und die Kommunikation im Vorfeld. Heftigste Kritik erntete das Akafo vor allem für seine Mensapreispolitik. Deshalb ist nun ein Sparmenü in der Mensa geplant, das maximal 2,40 Euro kosten und mit einer Hauptkomponente, einer Sättigungsbeilage und einer Gemüsebeilage sogar satt machen soll. Das Studierendenparlament muss diesem Vorschlag in den nächsten Wochen noch zustimmen. „Was wir auf keinen Fall tun werden“, versicherte Zerria, „ist zugunsten günstigerer Preise an der Qualität zu sparen.“

:Marek Firlej

CAMPUSKULTUR

Neuausrichtung der RUB – Im Gespräch mit Prorektor Löwenstein

Historischer Stellenabbau

123,39 nicht-wissenschaftliche Stellen werden an der Ruhr-Universität in den kommenden acht Jahren abgebaut (siehe :bsz 1019). Die freiwerdenden Mittel werden für Forschungsförderung verwendet. Ein Grund für die Kürzungen ist kurioserweise die Bergbaukrise.

Professor Wilhelm Löwenstein, Prorektor für Planung, Struktur und Finanzen, erklärte gegenüber der :bsz, dass es für diese Entscheidung mehrere Gründe gäbe. Die RUB sei historisch bedingt mit vielen Stellen für MitarbeiterInnen in Technik und Verwaltung (MTV) ausgestattet. Der Vergleich mit den anderen Universitäten NRW habe ergeben, dass sie bezogen auf den Landesdurchschnitt, einen Überschuss von 300 MTV-Stellen habe.

Die Ursache für die vielen Beschäftigten und damit hohen Personalkosten liege in den Gründerjahren der RUB. Die Landesregierung richtete zur Kompensation für den Wegfall von Arbeitsplätzen im Bergbau Technikerstellen an der Ruhr-Uni ein. Diese seien durch das Land heute nicht mehr ausfinanziert. Und so

würden sie in den nächsten Jahren nach Renteneintritt nicht neu besetzt. Die freigesetzten Mittel verschafften der Uni mehr Handlungsmöglichkeiten beim Erreichen ihrer Ziele in Forschung und Internationalisierung. Eine Stellenreduzierung nach dem Rasenmäher-

im Bund bzw. im Land NRW verglichen worden. In den Fakultäten, welche die jeweiligen Benchmark-Werte des entsprechenden Faches nicht erreichten, würden MTV-Stellen angepasst. In den Fächern, die über den Leistungsbenchmarks liegen, würden dagegen keine Veränderungen vorgenommen.

:Alexander Schneider

INFOBOX

Benchmarks dienen als Richtwert bei der Optimierung eines Unternehmens. Sie werden in der Betriebswirtschaft eingesetzt, um Dienstleistungen, Produkte und Prozesse von Unternehmen systematisch zu vergleichen und die jeweils besten Praktiken zu ermitteln.

Prinzip lehnt Prorektor Löwenstein ab. Beim Stellenabbau richtet sich die Uni nach „Benchmarks“. Durch die Benchmarks wird sich auf den Input (Personalkosten) und Output (AbsolventInnenzahlen und Drittmittelwerbungen) konzentriert. So seien die Fakultäten der RUB jeweils mit dem eigenen Fach



Finanzchef der Uni: Prorektor und WiWi-Prof Wilhelm Löwenstein.

Foto: RUB

Lehrbuchtexte, die keiner versteht? Sprüche Eurer DozentInnen, die im Hörsaal für Lacher gesorgt haben? Wir veröffentlichen ab sofort an dieser Stelle Eure Fundstücke aus Seminaren, Aufsätzen oder Lehrbüchern!

Schickt Eure Funde an redaktion@bszonline.de!



„Samische Eigenart dagegen möchte man vorwiegend in besonderen Auswirkungen des ‚rhythmischen‘ Prinzips vermuten, wie es sich uns am einfachsten auf den guten Schalen kundtat ([diese und jene]); in einem sonderlich beschwingten Lebensgefühl, das von Kraft und Zartheit zugleich in wechselndem Maße erfüllt ist ([dies und jenes]); in einer reich bewegten, gleitenden Harmonie, wie sie ähnlich wohl auch dem Wanderer in dem wechselvollen Farben- und Linienspiel der samischen Landschaft aufklingt.“

— Richard Eilmann (deutscher Archäologe) in: „Frühe griechische Keramik im samischen Heraion“, 1933.



AKRONYMICON

:bsz knackt den Gremiencode VII: Listen II

In der letzten Ausgabe stellten wir Euch die derzeit fünf AStA-tragenden Listen an der RUB vor. Diesmal präsentieren wir die – ebenfalls fünf – in diesem Jahr kontinuierlich im Studierendenparlament (StuPa) aktiven Oppositionslisten, die zusammen über 15 der 35 StuPa-Sitze verfügen. Trotz teils sehr unterschiedlicher politischer Zielsetzungen

zwischen Links und Liberal haben die OppositionspolitikerInnen eine starke Motivation gemeinsam, sich auf dem Campus einzubringen.

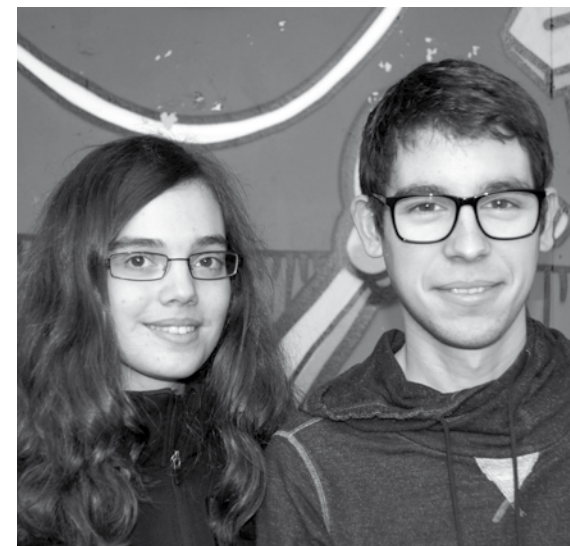
Für Patrick Vosen (GHG) „gehören ein kostengünstiges Semesterticket, eine ökologische Campussanierung, eine starke Mitbestimmung der Fachschaften und eine weltoffene Uni“ zu den Hauptforderungen. Er wünscht sich, „dass mit uns die RUB ein wenig bunter und glücklicher wird“. Dies hat auch Madita Adolphs (KLIB) im Sinn – insbesondere angesichts eines aus Sicht ihrer Liste verfehlten Wandels „zu einem reinen Ausbildungsort“ möchte sie sich für „einen lebenswerteren Campus mit kulturellen Angeboten“ einsetzen, „auf dem sich Studierende auch gerne außerhalb der Vorlesungszeiten aufhalten“.

Mix aus Spaß und Ernst

Während Linus Stieldorf (JuLis) den „Campus der Freiheit nach vorne bringen“, Geldverschwendung bekämpfen und sich für mehr Service, ein Parkleitsystem sowie einen W-LAN-Ausbau an der RUB einsetzen will, engagieren sich die Aktiven der Liste B.I.E.R. mit einem Mix aus Spaß und Ernst an der Ruhr-Uni: „Als Satireliste gehen wir die Dinge mit Humor an“, sagt De-

nise Welz. Wenn nötig aber auch „mit dem nötigen Ernst“. „Zu nennen sind hier die Kündigung des Semestertickets durch den VRR oder die Preiserhöhungen des Akafö. Aktuell kämpfen wir für den Erhalt studentischer Partys auf dem Campus, welche durch neue Ordnungen zur Nutzung von KulturCafé und AZ akut gefährdet sind.“ Rike Müller (LiLi) hat aus einer ähnlichen Motivation „Lust auf einen AStA, der sich für die Belange

der Studierenden einsetzt, auch wenn das Arbeit und teilweise Konflikt bedeutet“. Daher hat sie engagiert am Neuaufbau ihrer Liste mitgewirkt: „Ich bin seit über einem Jahr bei der LiLi und für mich war ein wichtiger Grund zur aktiven Mitarbeit, dass ich mit der damaligen AStA-Koalition total unzufrieden war. Ein AStA, der Hochschulpolitik mit ‚Dienstleistungen für die Hochschulverwaltung‘ verwechselt, war und ist für mich untragbar.“



Für einen glücklicheren Campus: Franziska Pennekamp und Patrick Vosen (Grüne Hochschulgruppe).

Foto: USch

In der Reihe „DAS AKRONYMICON“ deckt die :bsz gnadenlos auf, welche Gremien sich hinter obskuren Abkürzungen verbergen, wie viel Macht sie besitzen und was sie vorhaben.

Wegen der StuPa-Wahl im Dezember geht es mit der Reihe im neuen Jahr weiter:

:bsz 1026 – QVK
:bsz 1027 – FakRat
:bsz 1028 – Senat ...

:Ulrich Schröder

INFOBOX

Kernaufgabe der parlamentarischen Opposition ist die Kontrolle des AStAs. Dies gilt sowohl für den politischen Kurs des Allgemeinen Studierenden-ausschusses als auch für Haushaltsfragen. Trotz zum Teil sehr unterschiedlicher politischer Positionen haben im jeweils dritten Oppositionsjahr die Jungen Liberalen (JuLis), die Grüne Hochschulgruppe (GHG), die Liste Kultur und Leben in Bochum (KLIB, früher SWIB), die Liste B.I.E.R. (ohne offizielle Auflösung des Kürzels) sowie – nach einjähriger Pause samt Neuaufbau – die Linke Liste (LiLi) zu einer effektiven Zusammenarbeit gefunden. Mit 6 Sitzen ist die LiLi momentan die stärkste oppositionelle StuPa-Liste, gefolgt von der GHG (5 Sitze), der Liste B.I.E.R. (2) sowie der KLIB und den JuLis (jeweils ein Sitz).

MOBILITÄT

Semesterticket: VRR-Verkündigungsveranstaltung im Dortmunder FH-StuPa

Dreister Verkehrsverbund

Das Auftreten von VRR-Vorstand José Luis Castrillo bei der Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) der Fachhochschule (FH) Dortmund war an Dreistigkeit kaum zu überbieten: Rund drei Stunden redete sich der Betriebswirt am 20. November vor mehreren hundert Studierenden in der vollbesetzten Mensa der Uni Dortmund um Kopf und Kragen – ohne viel Konkretes zu sagen. Nur eines wurde überdeutlich: Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) ist offensichtlich nicht bereit, den vor Monaten vorgelegten neuen Vertragsentwurf zum Semesterticket nochmals grundlegend zu überarbeiten.

„Ich möchte Ihnen ein Kompliment machen“, klang es ein wenig wie im populären Programm des Kabarettisten Marc-Uwe Kling aus dem Publikum: „Sie stehen die ganze Zeit hier – reden mit uns, sagen aber nichts.“ So brachte nach über zwei Stunden ein Studierender die Quintessenz der Diskussion auf den Punkt, zu der das StuPa der FH Dortmund eingeladen hatte. Nur auf eines legte sich Castrillo fest: „Es wird kein zweites Angebot kommen.“ Und die Frage, ob er „als Geschäftsmann“ einen Vertrag für ein Pro-

dukt unterzeichnen würde, bei dem sich über einen Zeitraum von fünf Jahren kontinuierlich der Preis um über 40 Prozent erhöht, ohne dass eine Steigerung der verbrieften Leistung festgeschrieben ist, beantwortet der VRR-Vorstand eindeutig mit „Ja“ – was im *big business* zweifellos ein Kündigungsgrund sein dürfte.

Bald über 200 Euro fürs Semesterticket?

Obwohl bislang erst acht kleinere ASten im Einzugsbereich des VRR den neuen Vertragsentwurf unterzeichnet haben, geht Castrillo davon aus, dass die übrigen nun nachziehen würden, um den Rahmen für die weitere Ausgestaltung des Tickets abzustecken. Tim Wirl, zweiter Vorsitzender des AStA der FH Dortmund, fühlt sich über den Tisch gezogen: „Ich hatte das Gefühl, dass wir niemals über Preise verhandelt haben. Jetzt geht es nur noch um die Stückelung – der Preis ist nun in Stein gemeißelt. Man hätte uns bei den Verhandlungen warnen müssen.“ Bei einer der Diskussion vorausgehenden Präsentation hatte Wirl deutlich gemacht, dass der Preis für das Semesterticket von derzeit 156,16 Euro bis zum Wintersemester 2019/20 auf mindestens 212 Euro angehoben werden

soll. „Sie sind dabei, unsere Studierendenschaft auszunehmen – und zwar bis auf den letzten Cent“, bringt es Sonja Lohf, Koordinatorin des Landesastentreffens (LAT) auf den Punkt.

VRR-Verkündigunsapolitik

„Was Sie hier machen, ist eine Verkündigungsveranstaltung“, ruft der Vater eines RUB-Studenten erzürnt Richtung VRR-Vorstand und wendet sich entschieden dagegen, den Studierenden die Pistole auf die Brust zu setzen: „Holen Sie sich das Geld bei der Politik in Düsseldorf!“ Finanzielle Spielräume hierfür dürften derzeit vorhanden sein, nachdem der Bund dem Land die Budget-Last fürs Bafög abgenommen hat. Der VRR beruft sich jedoch seinerseits darauf, dass das Land Fördermittel für den ÖPNV zurückgefahren habe und argumentiert mit den aktuellen Tarifabschlüssen für seine Angestellten. Diese aber bekommen ab 2015 auch nur 3,8 Prozent mehr Gehalt, was ungefähr den durchschnittlichen Steigerungen des Semesterticketpreises in den letzten Jahren entspricht.

„Wir fahren alle schwarz“

„Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, was wäre, wenn wir das Ticket kündigen

und sagen: ‚Wir fahren alle schwarz?‘“, ruft eine Studierende erbost. Die Bahnen seien zu Stoßzeiten sowieso alle so voll, dass keine KontrolleurInnen mehr durchkämen. „Wir haben fast schon japanische Verhältnisse“, beschreibt ein weiterer Studierender die Situation in Dortmund, wo die S1 auch zur Rush-hour nur im 20-Minuten-Takt verkehrt. Auch Castrillo räumt „Defizite“ ein, die im Rahmen von „Qualitätsmessungen“ festgestellt worden seien: „Wir stoßen an Grenzen, was die Kapazität betrifft“, gibt der VRR-Vorstand zu. Die Studentin jedenfalls rennt mit ihrem Appell offene Türen ein: „Ein breit getragener und ernstgemeinter Aufruf zum ‚Schwarzfahren‘ im VRR könnte dazu beitragen, diesen zum Einlenken zu bewegen – und die Frage nach dem Menschenrecht auf Mobilität nicht nur für Studierende zu stellen“, heißt es auch seitens einer neu ins Leben gerufenen *Initiative für bezahlbare Busse und Bahnen*.

:Ulrich Schröder



WEITERE INFOS:
schwarzfahren.noblogs.org
[facebook.com/SoNichtVRR](https://www.facebook.com/SoNichtVRR)

BOCHUM

WDR5-Podiumsdiskussion: Opel geht – aber was kommt?

Dem Ende so brutal nah!

Am 5. Dezember 2014 läuft der letzte Opel im Werk vom Band. Nach 52 Jahren und gut 13 Millionen produzierten Autos wird der Standort Bochum geschlossen und rund 3.300 Arbeiterinnen müssen sich einen neuen Job suchen. WDR5 lud am vergangenen Donnerstag VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu einer Podiumsdiskussion im Bahnhof Langendreer ein. Der Tenor des Abends: Endlich ist die Gewissheit da und der Kampf zu Ende!

Rund 50 BesucherInnen fanden sich am Donnerstag ein, um bei der Podiumsdiskussion live dabei sein zu können. Unter ihnen auch einige OpelnerInnen, die von der Schließung hautnah betroffen sind. Wer sich auf einen emotionalen Schlagabtausch gefreut hatte, wurde von allen Beteiligten enttäuscht: Den Herrschaften auf dem Podium aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft war anzumerken, dass sie der Arbeitskampf mit General Motors viel Kraft gekostet hatte und die Stimmung zwischen Resignation und verhaltenem Optimismus schwankte. Die Moderatoren des WDR, Olaf Biernat und Thomas Koch, fragten nach: Opel geht, was kommt?



Das Ende vor Augen: Über zehn Jahre kämpfte der Opel-Betriebsratsvorsitzende Rainer Eienkel für den Standort Bochum und dessen Belegschaft. Jetzt schließt das Werk endgültig.

Foto: tims

Bochum Perspektive 2022 als Chance

Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz von der SPD habe die gesamte Entwicklung seit 2004 „hautnah“ miterlebt und leide mit den Betroffenen, da der Zeitpunkt der Schließung „brutal nahe“ komme. Sie sehe die Unsicherheit für viele ArbeitnehmerInnen, verbreitete aber Zweckoptimismus: „Es bewegt sich viel im Ruhrgebiet! Mit der Initiative ‚Bochum Perspektive 2022‘ wird über die Opel-Flächen entschieden und wir werden im neuen Jahr schnell Entscheidungen treffen können!“ Ob die Politik versäumt habe, den Standort zu retten, verneinte die Oberbürgermeisterin; man habe „wenig Einfluss auf Unternehmensent-

scheidungen“, gleichwohl sollen Kommunen besseren Kontakt zur Wirtschaft pflegen und in der Verwaltung seien manchmal mutigere Entscheidungen notwendig.

„Menschen im Revier lehnen sich zurück!“

Ziemlich einsam stand Ferdinand Dudenhöfer, Automobilexperte der Uni Duisburg-Essen, mit der Meinung da, dass die Menschen im Revier immer auf Arbeit warteten und keine Eigeninitiative hätten. Dies sei keineswegs eine „politische Aktion“, der Automarkt in Europa sei von Überkapazitäten geprägt und zudem stünde Bochum mit seinem Werk nicht allein da. „Ford ist geschlossen worden, Ant-

werpen ist dicht, geht nicht mit Verbitterung in die Zukunft und lehnt Euch nicht zurück!“

„Opel muss Finanzmittel zur Verfügung stellen!“

Für Rainer Eienkel, langjähriger Betriebsratsvorsitzender von Opel in Bochum, habe sich der lange Kampf gelohnt – sonst „hätte GM schon 2004 das Werk dichtgemacht“. Wichtig sei jetzt, wie es mit den Menschen weitergehe. „Das Ersatzteillager soll kommen, doch GM ist nicht zu vertrauen“ – es müssen endlich verbindliche Zusagen her.

Für den ebenfalls anwesenden Bochumer ARGE-Chef Luidger Wolterhoff würden die kommenden Wochen ausschlaggebend sein: „Die geschaffene Transfergesellschaft schafft Qualifizierungsmaßnahmen und eine Brücke für die Älteren, die in Rente gehen. Das erste halbe Jahr wird entscheidend sein und die ARGE wird alles tun, um den Weg in die Arbeit wieder zu ermöglichen.“

Viele der Anwesenden stehen der Zukunft skeptisch gegenüber und sie können den Optimismus nicht ganz teilen. Die Perspektiven der über 50-Jährigen sehen nicht so gut aus. Was bleibt, ist die Hoffnung und die Solidarität der Belegschaft, damit aus der Perspektive 2022 keine Seifenblase wird.

:Tim Schwermer

HOCHSCHULPOLITIK

Fragestunde an der RUB: Svenja Schulze besuchte ihre Alma Mater
Wissenschaftsministerin hautnah

PolitikerInnen kennenlernen und sie mit Fragen löchern: Das ermöglichte die Juso Hochschulgruppe allen Studierenden der RUB bei der Veranstaltung „Sozialdemokraten in Touch“ am 20. November. Antworten gab die amtierende Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Svenja Schulze. Sie ist etwa für Bildungsangelegenheiten in Nordrhein-Westfalen zuständig und wirkte auch bei den Regelungen zur Anwesenheitspflicht mit.

Svenja Schulze ist seit 2010 Ministerin. In ihre Amtszeit fallen unter anderem die Abschaffung der Studiengebühren sowie das Hochschulzukunftsgesetz (HZG). In den 90er Jahren war sie an der Ruhr-Universität AStA-Vorsitzende und schloss das Studium der Germanistik sowie der Politikwissenschaft mit dem Magister ab – zu einer Zeit, in der die RUB angeblich unschöner gewesen sei als heute.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage für die Abschaffung der Anwesenheitspflicht wird durch das HZG vorgegeben. Insofern lenkten die Studierenden den Großteil der Fragen auf dieses Thema – und erfuhren, dass dieses nicht nur an der RUB für Schlagzeilen sorgt. Die Problematik des NRW-Tickets und die Preiserhöhungen des Akafo wurden nur kurz angeschnitten.

Anwesenheitspflicht für DozentInnen abschaffen

Die Präsenz von Studierenden bei Lehrveranstaltungen wirke inzwischen als eine Art Symbolthema, erläuterte die Sozialdemokratin, und werde beispielsweise von großen Zeitungen wie der FAZ aufgegriffen. Ein solcher Artikel stellt sich beispielsweise die Frage, ob es einen „Niedergang der Wissenschaftskultur“ gebe, und schlägt vor, man solle doch direkt die Anwesenheitspflicht für DozentInnen abschaffen.

Auf ein Minimum reduzieren

Die Ministerin urteilt jedoch positiv über das kürzlich verabschiedete Gesetz: „Es bringt an den Hochschulen Freiheit und Verantwortung ins Gleichgewicht.“ Ganz im Sinne dieser Auslegung äußerte sie sich im Gespräch mit den Studierenden über die Rolle des Studiums und betonte, dass dieses ein „selbstverantwortliches“ sei. Die Universität sei zudem keine Schule und es gebe auch keine Klassenbücher. Vielmehr müsse man sie als „eine Vorbereitung auf wissenschaftliches Arbeiten“ verstehen. Die Anwesenheitspflicht sollte daher auf das Notwendige begrenzt werden und für jene Veranstaltungen erhalten bleiben, bei



Sozialdemokratin in Touch: Moritz Fastabend (Jusos) vom AStA-HoPo-Referat trifft Svenja Schulze an der RUB. Foto: alx

denen die Präsenz zwingend erforderlich sei. Als Beispiel nannte Svenja Schulze die Sicherheitsunterweisungen für Studierende der Physik oder Chemie.

Deutlich wurde sie, als es um die Aufgabe des AStA und seiner unterstützenden Arbeit ging: „Das HZG ist geltendes Recht und dieses muss nun umgesetzt werden. Daher ist wichtig, dass der AStA die Interessen der Studierenden vertritt und die Umsetzung mitverfolgt.“

:Alexander Schneider

KUNSTAUSSTELLUNG

Die Hauptstadt aus der Sicht der 20er Jahre: Russische Künstler hinterließen ihre Spuren

Russisches Berlin

„Das Russische Kulturleben im Berlin der 1920er Jahre“ – so heißt eine Ausstellung in der russischen Botschaft in Berlin, die zeigt, wie eng Deutschland und Russland auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur verwoben waren. Der FSR Slavistik/Russische Kultur organisierte eine Fahrt für seine Studierenden zu dieser Ausstellung, die mehr Licht in die Beziehung beider Länder brachte.

Die Botschaft der Russischen Föderation in Berlin befindet sich in einem prachtvollen sozialistisch-klassizistischen Gebäude. Die Führung durch die Ausstellung eröffnet der Kurator Dr. Andrej Tschernodanow mit den ironischen Worten: „Gazprom hat vorgesorgt, in den Räumen ist es schön warm für Sie.“ Er leitet seine Ansprache auf die politische Problematik mit Russland weiter und erklärt, dass er positiv überrascht gewesen sei, dass zur Eröffnung rund 600 PressevertreterInnen und Gäste erschienen seien. Tschernodanow beginnt zu erzählen, dass in den 1920er Jahren über 400.000 RussInnen in Berlin lebten und damit um die zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Hunderte Exponate, neun Wappen, zwei Säle

Uns erwarteten rund 630 Ausstellungsstücke in zwei Räumen, dem Kuppelsaal mit einer Vitrage des Moskauer Erlöser-Turms und dem Wappensaal, in dem alle neun his-



Werbeplakate, Sozialdemokratie und spannende Geschichten: Bei der Führung durch die Werke von Nikolaus Sagrekow erfuhr unsere Fachschaft viel Interessantes. Foto: kac

torischen russischen Wappen zu sehen sind sowie Werke des Malers Nikolaus Sagrekow, der 1921 in Berlin seine neue Heimat fand. Er verdiente sein Geld mit Werbeplakaten, die wir noch aus unseren Geschichtsbüchern von der Schule kennen.

Die Exponate sind aus der privaten Sammlung von Dr. Wilfred Matanovic, überwiegend sind es Druckerzeugnisse, Zeitschriften, Fotos und Postkarten, Skizzen und Gemälde oder alte Kameras. In der Ausstellung erfahren wir, dass die russischen KünstlerInnen, wie Na-

bokow oder Majakowski, in Berlin nicht nur Stummfilme, Malerei oder Literatur hinterlassen haben, sondern auch die Bezeichnung für Charlottenburg – Charlottengrad, eine Anlehnung an Sankt Petersburg, was damals zu Leningrad wurde. In diesem Stadtteil haben sich die meisten EmigrantInnen niedergelassen und es ist bis heute das bei RussInnen beliebteste Viertel.

Ursachen der Migration

In den 1920er Jahren kam es zu großen rus-

sischen Emigrationswellen. Grund dafür war die gewaltsame Machtübernahme durch die russischen kommunistischen Bolschewiki ab dem 25. Oktober 1917. Die Bolschewiki (wörtlich übersetzt: Mehrheitler) waren ursprünglich eine Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Sie zerschlugen die aus der Februarrevolution hervorgegangene Herrschaft der Sozial-Liberalen, die nur als Übergangslösung nach der Abschaffung der Zaren-Monarchie von den Sowjets und dem Politiker Alexander Fjodorowitsch Kerenski übernommen wurde. Nach der Machtübernahme der Bolschewiki errichteten sie einen neuen Staat, eine „Diktatur des Proletariats“. Tausende RussInnen wanderten aus, darunter viele KünstlerInnen. Sie suchten Berlin auf, für das die 1920er Jahre als die „Goldenen Zwanziger“ galten. Die Blütezeit der deutschen Kultur, Kunst und Wissenschaft wurde auch durch die im Exil lebenden RussInnen geprägt.

:Katharina Cygan

INFOBOX

Bis zum 19. Dezember: **„Das russische Kulturleben in Berlin der 1920er Jahre“** in der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Unter den Linden 63-65 Berlin. Anmeldung unter kultur@russischebotschaft.de oder telefonisch unter 0162/2505565.

FILMPREIS

Blicke – Filmfestival des Ruhrgebiets: Die RUB überzeugt als Hauptdarstellerin

Die Ruhr-Uni als Raumschiff

Eine märchenhaft anmutende Flucht vor dem grauen Betonklotz in die Querenburger Natur überzeugte die Jury des diesjährigen *Blicke*-Festivals im Endstation-Kino in Langendreer vom 19. bis 23. November: Nico Joana Webers „Markasit“ wurde mit dem *Spielfilmpreis Ruhr* ausgezeichnet. Der Preis für den besten Dokumentarfilm ging an „Nadeshda“, in dem authentisch das Leben einer Roma-Familie in Bulgarien geschildert wird.

Das passte zum Festivaltitel: Es kommt auf den Blick an, ja, die Perspektive macht es. Das gilt auch für den Dokumentarfilm „Caracas“, der bei der Preisverleihung unberücksichtigt blieb: Die venezolanische Hauptstadt sollte für Maximilian Feldmann eigentlich der Versuch sein, mit einer Reise seine Depression zu überwinden. Doch es kommt alles anders: In Venezuela verschlimmern sich die depressiven Ansätze – nach wenigen Wochen geht es einfach nicht mehr, er muss zurück nach Deutschland in ärztliche Behandlung. Wie Regisseur Feldmann diesen persönlichen Lebensabschnitt filmisch darstellt, ist hochspannend: Seine Krankheit wird mit allen Umständen aus der Perspektive von Familie und Freundin

geschildert. Was wie eine Überwindung der eigenen Krankheit wirkt, ist aber auch als filmische Umsetzung des Themas berührend: Die freundschaftlichen und familiären Stimmen wechseln zwischen Ängsten, Bedauern aber auch Heiterkeit. Immer geben sie jedoch einen lebensnahen Blick auf die Lage des Betroffenen wieder.

„Krieg den Palästen, Friede den Hütten“ – auch in Oberhausen

„Das übersteigt die Vorstellungskraft!“ – so lautet nicht nur der Titel von Tom Brieles Doku, sondern auch der Satz, der den Kulturpessimisten Robert Bosshard als Hauptpro-tagonisten in dem Streifen des Öfteren über die Lippen geht: Denn nach einem Besuch der „Big Air Package“ im Oberhausener Gasometer, der größten Innenraumskulptur der Welt, reflektiert er wütend mit Tom Briele bei einer Pommes für 2,80 Euro in der dekadenten Cola-Oase des Centros in Oberhausen über die hiesige Kulturlandschaft, „über die Privatisierung öffentlicher Räume und die Vernichtung freien Denkens“. Schließung von Jugendkulturzentren und Prestigeprojekte als Millionengräber – am Ende greift der schräge Filmessay auf ein Büchner-Zitat zurück, das



Bester Doku-Film: „Nadeshda“ über das Leben und die Träume einer Roma-Familie in Bulgarien.
Foto: Anna F. Ewert & Falk Müller

auch die Jury bei der Preisverleihung des Querdenker-Preises überzeugte: „Wir finden, es kann nicht oft genug gesagt werden: ‚Friede den Hütten, Krieg den Palästen‘.“

In einer zu armseligen Hütte lebt auch die Roma-Familie in der Doku „Nadeshda“ von Anna Frances Ewert und Falk Müller. Der Film zeigt den Versuch der Familie, dem Ghetto zu entfliehen und in eine bessere Wohnung zu kommen. Ungetrübt erscheint in den Szenen vor allem der Rassismus in der Stadtbevölkerung, mit dem die Familie konfrontiert ist.

Der *Spielfilmpreis Ruhr* ging an Nico Joana Webers „Markasit“, der einen befremdlichen wie märchenhaften Blick auf die RUB

wirft – als Fluchtweg in die Natur. Das strich auch die Jury heraus: „Wie ein Raumschiff liegt die Ruhr-Uni vor uns in der Landschaft.“ Die RUB-Skyline, versunken im Grün. So kann zumindest der Film dem grauen Campus-Alltag entfliehen. Denn auf die Perspektive kommt es an.

:Benjamin Trilling

BUCHREZENSION

„Codex Roboticus“: Als die Maschinen beinahe den Menschen ablösten
Der Cyborg aus der Weimarer Republik



Der Golem ist Geschichte. Der Prometheus „steigt aus dem Lichtbogen des Verstandes hervor. Er ist ganz Industrie, und seine Ordnung ist auch die Ordnung der neuen Welt.“ Besessen von dieser Idee baute Dr. Stanislaus Schwenck, Pferdeveternär im Ersten Weltkrieg, Somnambulist und Drogen konsumierender Kriegstreiber, in den 1920er Jahren transhumane Kampfmaschinen. Er löste die Grenze zwischen Mensch und Maschine auf. Die Frage nach der Moral hinter diesem Handeln brachte den irren Doktor noch mehr um den Verstand. Sie – und nicht nur sie allein – wird auch die LeserInnen beschäftigen.

Die Aufzeichnungen des ominösen Arztes gingen durch okkulte und studentische

Hände, stets verdeckt in zwielichtigen Kreisen. Der „Codex Roboticus“ versammelt Fotografien, Tagebucheinträge und Militärdokumente aus Schwencks Nachlass wie auch frühneuzeitliche Quellen und Illustrationen aus späteren Nachdrucken. Das eindrucksvolle Bildmaterial hat auf jeder Seite eine beklemmende Wirkung.

„Aber die Maschine machte sich Masken und verbarg sich unter den Menschen.“ Cyborgs in der Weimarer Republik? Konnte so ein Projekt tatsächlich über die verwirrten Skizzen eines kranken Geistes hinausgehen? Die Fotos zeigen eindeutig den klobigen Roboter auf nebelbedecktem Kopfsteinpflaster. Neben den groben Skizzen finden sich technische Blaupausen. Überall diese leeren, metallenen Gesichter. Aus den Tagebuch-

einträgen wird ein düsterer Comic, als sei es eine Szene aus einem schlechten Drogentrip. Ein Comic? Oder hat es diesen Schwenck wirklich gegeben? Was macht der Professor, der das Vorwort verfasst hat, genau?

**Dokumentation, Bildband, Erzählung?
Alles davon!**

In einer Welt wie der heutigen, in der Wissen und Fiktion so gut ineinandergreifen und einander befruchten können wie noch nie, in der ein Kunstwerk schon lange nicht mehr auf ein Medium beschränkt sein muss, scheint es, dass wir in den Kategorien von Buch, Bild, Film, ja, sogar in Textgattungen wie Roman und Essay festgefahrener sind denn je. Und dann kommt Jens Maria Weber mit einem Buch

wie dem „Codex Roboticus“ daher und präsentiert eine mutige, unglaublich aufwändige und in höchstem Maße kreative Umsetzung eines faszinierenden Stoffes.

Mit jeder Seite fragt man sich mehr, was für eine Art Werk man in den Händen hält. In dem Maße, wie dieses Buch mit seiner bloßen Existenz für die Aufhebung von Grenzen zwischen Formen der Darstellung, zwischen wahr und erfunden entsteht, warnt die Geschichte vor der Aufhebung der Grenzen zwischen Mensch und Menschgemachtem.

:Marek Firlej

Jens Maria Weber: „Codex Roboticus“
Das Wilde Dutzend Verlag. November 2014. 95 Seiten, 24,95 Euro.

:alx

KOMMENTAR

Dortmunder Stadtrat wird zur Bühne für antisemitische Provokation

Anfragen aus der braunen Ecke



Eine geschmacklose Provokation der Partei „Die Rechten“ im Dortmunder Stadtrat sorgt für Aufsehen: Vergangene Woche fragte

Dennis Giemsch, Ratsvertreter der „Rechten“, nach der Anzahl der in Dortmund lebenden BürgerInnen, die dem jüdischen Glauben angehören.

Doch nicht nur über den Anteil jüdischer BürgerInnen an der Dortmunder Gesamtbevölkerung wollte Giemsch Bescheid wissen: Eine weitere Anfrage, die der Rechtsextremist, der unter BeobachterInnen als einer der führenden Köpfe der Neonazi-Szene gilt, in der Sitzung des Dortmunder Stadtrats vom 13. November einbrachte, zielte auf die Anzahl der in Dortmund lebenden KurdInnen sowie deren Einrichtungen und Vereine ab. Zudem fragte Giemsch nach der Erfassung der in

Dortmund lebenden „Aids-Kranken“ – alles aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken. Besonders menschenverachtend: Auch zur Nationalität sowie zur sexuellen Orientierung von HIV-positiven BürgerInnen wollte Giemsch Auskunft erlangen. Der Gedanke, dass hier später völlig abstruse Zusammenhänge zwischen der Nationalität oder sexuellen Präferenz eines Menschen und dem angeblichen Risiko einer Aids-Erkrankung hergestellt werden sollen, liegt nahe.

Demokratiefeindlichkeit mit demokratischen Mitteln

Die Anfrage zeigt, wie geschickt Giemsch die Mittel der Demokratie zur Verbreitung rechten Gedankenguts nutzt: Nach Paragraph 55 der Gemeindeordnung hat er wie jedes andere Ratsmitglied das Recht, Anfragen zu stellen.

Die Stadt müsste somit also auch die Frage nach den MitbürgerInnen jüdi-

schen Glaubens beantworten – auch wenn klar ist, aus welcher Ecke sie kommt: Am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, störten Mitglieder der Neonazi-Partei eine Gedenkveranstaltung, die am jüdischen Mahnmal in Dortmund-Dorstfeld stattfand; zudem betreibt der RUB-Jurastudent Michael Brück, neben Giemsch der Hauptkader der Partei, einen Online-Versandhandel mit deutlich antisemitischem Namen für alles, was der Nazi von heute für die Verbreitung rechter Hetzpropaganda braucht.

Man wird nicht behaupten können, dass sich Giemsch des medialen Entsetzens, das seine Frage auslöste, nicht bewusst war: Die Partei wurde dadurch bundesweit in die Medien katapultiert. Unabhängig davon, wie viele Informationen über in Dortmund lebende Jüdinnen und Juden Giemsch nun tatsächlich erhalten wird – Aufmerksamkeit hat er mit dieser geschmacklosen Provokation bereits erhalten.

BlockaDO: Fremdenfeindlichkeit im Stadtrat vorbeugen!

Jetzt liegt es an der Stadt Dortmund, sich nicht vor den braunen Karren spannen zu lassen. Zahlreiche LokalpolitikerInnen unterzeichneten bereits eine Erklärung des antifaschistischen Bündnisses „BlockaDO“, in der die Bezirksregierung gebeten wird, „zu prüfen, ob die Stadt Anfragen mit eindeutig antisemitischem Hintergrund beantworten muss“. Bei BlockaDO befürchtet man, dass die Rechten in Zukunft weitere solcher Anfragen stellen werden. Zu Recht – die Neonazis kündigten bereits an, in Zukunft auch Genauerer über andere Religionsgemeinschaften in Erfahrung bringen zu wollen. Die Stadt Dortmund sollte also lieber gar nicht erst damit anfangen, den Rechten bei ihrer Hetze zu helfen.

:Birthe Kolb

IM FOKUS

Citeecar-Kontroverse: Kooperation knapp beschlossen



Knappe AStA-Mehrheit für Carsharing-Vertrag

Auf der jüngsten Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) am 18. November beschlossen die AStA-tragenden Listen mit nur 16 Ja-Stimmen, den lange kontrovers diskutierten Kooperationsvertrag mit dem Dumping-Anbieter Citeecar zu unterzeichnen. Die Bewertung der Entscheidung fällt höchst unterschiedlich aus: „Wir sehen es kritisch, mit diesem Unternehmen zu kooperieren, da es nicht sehr seriös wirkt“, sagt selbst der Jungliberale Linus Stieldorf zur :bsz über jene Firma, die das Unternehmenskonzept von Ryanair zum Vorbild hat. Noch weiter geht Franziska Pennekamp von der Grünen Hochschulgruppe (GHG): „Der Vertrag mit Citeecar ist ein großer Fehler. Wir hoffen, dass dieser schnell wieder ausläuft.“ Das könnte frühestens ein Jahr nach Unterzeichnung der Fall sein. Die GHG habe bereits einen Antrag auf Beitritt zum Verein ruhrmobil-E e. V. gestellt, um künftig verstärkt Elektrofahrzeuge an die RUB zu holen.

Sven Heintze (NAWI) dagegen begrüßt die Entscheidung – zumal ruhrmobil-E ökonomisch wie logistisch „nicht flexibel genug“ sei: „Wir sehen als AStA nun der Umsetzung dieses großen Infrastrukturprojektes entgegen.“ Und an die Adresse der Grünen: „Die Ablehnung der GHG können wir nicht verstehen“, so der AStA-Finanzreferent. „Was sind ihre Themen, wenn nicht ein Thema wie Carsharing?“

Auch die Liste B.I.E.R. ist überzeugt, die Kooperation gehe „an den Interessen der Studierendenschaft vorbei“; Parlamentarierin Denise Welz fordert stattdessen „ein vom AStA betriebenes Biertaxi“, um Studi-Wohnheime „rund um die Uhr“ mit Bier zu versorgen – „da wäre das Geld viel besser investiert“. Richtig sauer ist Rike Müller von der Linken Liste: „Die Entscheidung finden wir lächerlich. Am Ende der Diskussion im Studierendenparlament hat der AStA sogar zugegeben, dass die Studierendenschaft durch den Vertrag eigentlich gar keine Vorteile hat.“ Zudem seien viele Fragen zur Vertragsausgestaltung „nicht ausreichend geklärt“. Einen pragmatischen Vorschlag macht Jorret Bley (KLIB): „In unseren Augen ist es nicht sinnvoll, Verträge mit einer knappen Mehrheit zu beschließen. Wir denken, dass dieses Verhalten einer Kontinuität in der AStA-Arbeit entgegensteht und somit der Studierendenschaft eher schadet als nützt.“

Sven Heintze hält dagegen: „Wir gehen davon aus, dass der nachfolgende AStA das Projekt zu einem Erfolg für die Studierenden machen wird.“ Jorret Bley aber bleibt dabei: „Unserer Meinung nach bedürfen Verträge der Studierendenschaft einer 2/3-Mehrheit.“ An einer solchen Regelung sollten künftige ASten zielstrebig arbeiten.

:Ulrich Schröder



LESERBRIEF

Zum Kommentar in :bsz 1021

Anwesenheitspflicht doch nicht Kokoloeres

Nachdem :bsz-Redakteur Marek in der letzten Ausgabe die Abschaffung der Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen begrüßt hat, erreichte uns die Reaktion eines Lesers. Dieser findet, dass die Anwesenheitspflicht durchaus einen Sinn hat.

„Lieber Marek,

Du hast Recht – zumindest stellenweise.

Ich finde, dass es um mehr geht als um Unterschriftenlisten in Veranstaltungen, es geht um die Frage, was für eine Art von Studenten wir haben wollen.

Mein Eindruck ist, dass in Zeiten, in denen ein Jeder das Abitur bekommt (v. a. in NRW) und die Abiturienten meinen, sie gehörten dann auch zwangsläufig an die Uni, sich ein neuer Typus des Studenten und eine neue Definition von Bildung herauskristallisiert.

Die Uni ist kein Ort humboldtscher Bildung mehr, es wird auf dem bequemsten Wege nach einem Abschluss gestrebt. Wo ist noch der große Unterschied zu einer Ausbildung oder gar der Schule?

Viele Studenten begrüßen den Wegfall. Nicht weil damit eine unnötige Bevormundung wegfällt – ein respektabler Grund –, sondern weil noch eine Schranke fällt und das Studium nach der Devise des bequemsten Weges noch weiter erleichtert wird.

Dieser Typ des Studenten hat die Seminare ohnehin nur abgesessen. Das spricht für

Dein Argument, dass physische Anwesenheit alleine nicht ausreicht. Bedeutet aber nicht, zumindest nicht für alle, dass die Uni damit weniger verschult sei, denn Dein Argument lautet ja, dass damit der Gedanke der Eigenverantwortung gesteigert würde. Bei dem skizzierten Studententypus – schnell und bequem zum Abschluss und rein in eine Welt, die nur auf mich wartet – wird nur der Gedanke eines gelangweilten Schuljungen in der Projektwoche geweckt: Es wird die Anwesenheit nicht kontrolliert? Warum soll ich dann kommen?

Auch Dein Mensabeispiel hakt an einer Stelle. Wenn die Studenten in der Uni nicht essen, kann man sicher sein, dass sie es an anderer Stelle tun. Sich an anderer Stelle zu bilden, ist keine physische Notwendigkeit.

Es geht mir und anderen Kritikern also um einen gewissen Bildungsbegriff – welche Geisteshaltung zeigt sich darin, dass man darüber jubelt, dass man nicht mehr zur Uni muss?

Wir betauern nicht den Wegfall des formalen Aktes, sondern was sich hinter diesem Jubel verbirgt und erinnern daran, dass niemand zum Besuch einer Universität gezwungen wird.

Humboldt ist lange tot, insbesondere in Zeiten der Massenuniversität, aber bedauern darf man diese Entwicklung wohl noch.

Herzlichst,

:Marvin Schnippering (Leser)



zeit:punkte

TTIP bedroht unsere Rechte

Die Kommission der Europäischen Union und die Regierung der USA verhandeln über das Freihandelsabkommen TTIP. Arbeitsplatzmotor oder der Anfang von Genmais, Fracking, lascheren Standards? Uwe Hirsch ist Mitglied im Bundesvorstand der Naturfreunde Deutschlands und gibt einen Überblick des Abkommens aus der Sicht eines Naturfreundes. Vortrag und Diskussion.

• **Donnerstag, 27. November, 21 Uhr. Bahnhof Langendreer, Raum 6, Wallbaumweg 108, Bochum.** Eintritt frei.

Kampfzone Popkultur

Der AstA der RUB lädt ein zu kritischer Reflexion und Diskussion popkultureller Stereotype im Spätkapitalismus. Die VeranstalterInnen versprechen eine spannende Debatte: „Das Populäre und das Politische sind schon seit langem eng miteinander verbunden. Zwischen Politik, Konsum, Kultur, Musik und Popkultur.“

• **Dienstag, 2. Dezember, 19 Uhr. KulturCafé, RUB.** Eintritt frei.

Lesemarathon zum Jahresende



:bsz-Redakteur Uli springt zur Marathonlesung samt Filmen und Musik in Duisburg-Marxloh: Die VeranstalterInnen kündigen den **Lesemarathon** zum Jahresausklang „mit vielversprechenden Jungautoren, Leseshows, Live-Musik aus der Region und Filmen von namhaften Regisseuren.“ an Es lesen die **Treibgut-KünstlerInnen** Katharina Mraz, Johannes Till Opfermann, Marek Firlej und Tim Szlafmyca – alias Kollande – sowie Sunna Imperfektion, Nina Cassandra König und Annerose Scheiding. Das **musikalische Line-Up** bilden **WireTapping, Intrepid, Little Dead Boy, Frozen in Basement, Killing Smile** sowie **Mercedes Afonso**. Visuell bereichern die **Filme** „Bloodbound“, „Kinder der Nacht“ und weitere das Programm.

1.–7. Dezember 2014, Mo.–Fr. ab 18 Uhr, Sa.+So. ab 16 Uhr. **Little 16**, Weseler Str. 16, 47169 Duisburg. Tickets: Wochenkarte im VVK: 15 Euro, VVK-Tagkarte: 7,50 Euro / AK: 15 Euro (pro Abend). Vorverkauf auf: www.lesemarathon.de

Knochenmark-Typisierung

Die DKMS (Deutsch Knochenmarkspenderdatei) versucht im Mensafoyer potentielle SpenderInnen für BlutkrebspatientInnen zu finden. Zur Analyse Eurer Gewebemerkmale wird ein Wangenabstrich mit einem Wattestäbchen gemacht. Die Merkmale werden in einer Datenbank erfasst und abgeglichen, ob sie zu einer suchenden Person passen. Weitere Informationen unter: www.dkms.de

• **Dienstag, 2. Dezember, 10-15 Uhr. Mensafoyer, RUB.** Teilnahme kostenlos.

So nicht, VRR! Vorstandsmitglied zu Gast an der RUB

Nachdem das VRR-Vorstandsmitglied José Luis Castrillo in der vergangenen Woche auf Einladung des AstAs der FH Dortmund den Studierenden Rede und Antwort stand, wird dieser auch an der RUB über den gekündigten Semesterticket-Vertrag und die fraglichen Preissteigerungen Auskunft geben. Anwesenheit erwünscht!

• **Mittwoch, 3. Dezember, 17 Uhr. RUB.** Infos über den Raum der Veranstaltung unter: facebook.com/SoNichtVRR

– ANZEIGE –

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum vom 01. Dezember bis 05. Dezember 2014

Dabei sein unter facebook.com/akafoe oder twitter.com/Akafoe

AKAFO

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 4,20 € (Stud.) 5,20 € (Gäste)	• Filetspieße mit Satesauce, Red-Curry-Gemüse, kleinen Frühlingsrollen und Ananasreis (A,G)	• Putenoberkeule mit Orangensauce, Rosenkohl und Kartoffelgratin (G)	• Tilapiafilet mit Gemüsesauce, Kartoffeln und Altenburger Salatmix (F)	• Süßkartoffel-Curry mit Hähnchenspieß (G)	• Falafel „Oriental“ mit Tzatziki, Knoblauchfladenbrot und klarem Krautsalat (V)
Komponenten 1,80 € (Stud.) 2,80 € (Gäste)	• Frikadelle mit Geflügelsauce (R,S) • Gemüseschnitzel mit Knoblauch Dip (V)	• Schweinegeschnetzeltes „Gyros Art“ (S) • Eieromelette mit Rahmchampignons (V)	• Hähnchenkeule mit Geflügelsauce (G) • Tofuschnitzel mit Blattspinat an Mandelsauce (V)	• Hoki Fischfilet mit Remouladensauce (F) • Kartoffeltasche mit Kräuterfrischkäse und Knoblauchsauce (V)	• Putengeschnetzeltes „Züricher Art“ (G) • Hirse-Käse-Taler mit Schnittlauchsauce (V)
Sprinter 2,20 € (Stud.) 3,30 € (Gäste)	• Tomaten-Käsesuppe mit Hähnchen und Baguette (G) • Nudelpfanne mit Gemüse, dazu ein Beilagensalat (V)	• Kartoffelsalat mit Ei und Gurke, dazu Bockwurst (R,S) • Chili „Sin Carne“, dazu Baguette (V)	• Asiatische Pfanne mit Schweinefleisch, dazu Salat der Saison (S) • Milchreis mit roter Grütze (V)	• Feurige Gulaschsuppe mit Baguette (A,R) • Tofu Pfanne „Chinesische Art“, dazu klarer Chinakohlsalat (V)	• Schmorkartoffeln mit Pute und Kräuter-Quark-Dip, dazu Salat der Saison (G) • Schmorkartoffeln mit Champignons und Kräuter-Quark-Dip, dazu Salat (V)
Beilagen 0,80-0,90 €	• Salzkartoffeln • Vollkorn-Erbseisalat • Romanesco • Balkangemüse	• Pommes frites • XXXRigatoni • Pariser Karotten • Kohlrabigemüse in Rahm	• Bio-Salzkartoffeln • Bunte Nudeln • Grüne Bohnen in Rahm • Kaisergemüse	• Kartoffelpüree • Vollkorn Spiralnudeln • Rahmspinat • Mediterranes Gemüse	• Ebly Zartweizen • Spätzle • Brokkoli • Balance Gemüse
Bistro 2,20-3,80 € (Stud.) 3,30-5,00 € (Gäste)	• Frikadelle, Salzkartoffeln, Kohlrabigemüse (S) • Putengeschnetzeltes mit griechischen Gewürzen, Tzatziki, Fladenbrot, Krautsalat (G,JF) • Gnocchi „Palermo“ (V)	• Rindergeschnetzeltes „Stroganoff“, Spätzle, Kaisergemüse (R) • Spaghetti mit getrockneten Tomaten, Ruccola und Knoblauchöl, Paprikasalat (JF,V) • Chili Sin Carne (V)	• Panierte Champignons, Aioli Dip, Baguette, Gurkensalat (V) • Schweinemedallions in Mango-Pfeffer Sauce, Kräuterkartoffeln, Möhrensalat (JF,S) • Milchreis mit roter Grütze (V)	• Putenbraten, Geflügelsauce, Gnocchi, Sommergemüse (G) • Kartoffel-Paprika Eintopf, Vollkornbrot (JF,V) • Schmorkartoffeln mit Champignons (V)	• Salzbraten, Warmer Kartoffelsalat, Blattsalat (S) • Gedämpftes Kabeljaufilet, Möhren-, Sellerie-, Lauchgemüse, Petersilienkartoffeln (F,JF) • Tofu Pfanne „Chinesische Art“ (V)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (JF) JOB&FIT, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

Akademisches Förderungswerk

www.akafoe.de



1. Dezember DIËS UND DAS

Spätestens, wenn wir die kleinen roten Schleifen an den Mänteln, Pullis und auf Plakaten sehen, fällt es uns wieder ein: Der erste Dezember ist **Welt-Aids-Tag**. Seit 1988 dreht sich am ersten Tag des Wintermonats unter einem jährlich wechselnden Motto alles rund um Aids.

Momentan leben weltweit ca. 35 Millionen Menschen mit HIV. Jährlich werden es 2,1 Millionen mehr. Die lebensnotwendigen Medikamente sind nicht für alle zugänglich. Stigmatisierung und Ausgrenzung hingegen sind überall zu finden. Daher: Solidarisiert Euch mit den Betroffenen und bekennt (rote) Farbe! Aids ist ein stets aktuelles und auch in Zukunft weiter bestehendes Problem. Und es sind nicht nur höhere Institutionen, die dem Virus den Kampf ansagen sollten – jeder Einzelne ist schließlich auch für sich selbst und andere verantwortlich. Das betonen das Bundesministerium für Gesundheit sowie die Deutsche Aids-Hilfe und die Aids-Stiftung in ihren gemeinsamen Kampagnen, denen Prominente wie Philipp Lahm ein Gesicht geben. Dieses Jahr geht es um Wissensfragen und Toleranz im alltäglichen Umgang mit HIV-Erkrankten: im Kindergarten, in der Kantine, beim Küssen. Die Frage lautet dabei jedes Mal: Würdest Du...? **:mb**



:impressum

:bsz

Bochumer Stadt- & Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Martin Wilken, Sven Heintze u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Alexander Schneider (alx), Benjamin Trilling (bent), Birthe Kolb (bk), Johannes Opfermann (joop), Katharina Cygan (kac), Marek Firlej (mar), Melinda Baranyai (mb), Ulrich Schröder (USch), Tim Schwermer (tims)

V. i. S. d. P.: Marek Firlej

(Anschrift s. u.)

Anschrift:

:bsz

c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum

SH Raum 081

Universitätsstr. 150

44780 Bochum

Fon: 0234 32-26900

E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,

facebook.com/bszbochum

Auflage: 3.000

Druck: Druckwerk, Dortmund

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.

Bildnachweise:

Seite 1 im Logo: Scott de Jonge/flaticon.com (CC BY 3.0)

Seite 5 unten: Das Wilde Dutzend Verlag;
Seite 6, Brieflied: Freepik/flaticon.com (CC BY 3.0)

INTERVIEW

Berliner AktivistInnen wollen Europäischen Mauerfall –
und treffen auf Polizeipanzer

Repression gegen Grenzüberschreitung

Am Vorabend des 9. November brachen vom Berliner Maxim-Gorki-Theater aus einhundert AktionskünstlerInnen und PolitaktivistInnen rund um das Zentrum für politische Schönheit zu den Außengrenzen der EU auf. 14 Kreuze zum Gedenken an die ‚Mauertoten‘ an der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen Ost- und Westberlin wurden am 25. Jahrestag des Mauerfalls für die Aktion ‚entliehen‘ und an drei Orten entlang der EU-Grenze aufgestellt: am Grenzzaun der spanischen Enklave Melilla in Marokko, in Griechenland sowie in Bulgarien. Dies entfachte eine breite mediale Debatte darum, was (politische) Kunst darf und was nicht. Erklärtes Ziel der AktivistInnen war es zudem, den europäischen Grenzzaun einzureißen, um so für den „Ersten Europäischen Mauerfall“ zu sorgen. Die beiden politischen AktivistInnen Kathrin und Jan waren mit dabei und berichten im Interview mit Gastautor Philipp Adamik für die :bsz.



Europa am Abgrund? Polizeirepression an der bulgarisch-türkischen Grenze.

:Philipp Adamik Am Freitag sind die Busse des Zentrums für politische Schönheit zur EU-Außengrenze nach Bulgarien aufgebrochen, um den „Ersten Europäischen Mauerfall“ zu zelebrieren. Warum habt Ihr an der Aktion teilgenommen?

Kathrin und Jan: Wir haben uns sehr spontan entschieden, mit dem Auto hinterherzufahren – zu dem Zeitpunkt waren in den Bussen schon keine Plätze mehr frei. Insgesamt fanden und finden wir die Aktion unterstützenswert, denn sie regt zu einer wichtigen und unabdingbaren Diskussion an: Wie gedenken wir? Und wie gehen wir mit einem Gedenkkult um, der auf die am bigottesten denkbare Art und Weise Geschichte instrumentalisiert, relativiert und umdefiniert? Bezeichnend war ja nicht nur, dass man hierzulande, angesichts des nationalen Einheitstaumels, vom 9. November 1989 nahezu nichts mehr gehört und gesehen hat, sondern auch – und das hat die Aktion sehr schön gezeigt – wie perfide man eine Trennlinie zwischen bedauernswerten Toten (weißen Deutschen) und jenen, die es nicht wert seien, ihnen

zu gedenken (Afrikaner, Araber etc.) aufmacht.

„Eine verabscheuungswürdige Tat!“ (Frank Henkel (CDU), Innensenator Berlin)

„Die Weißen Kreuze sind gestohlen worden mit einer heldenhaften Attitüde und einer pseudo-humanitären Begründung, die man für blanken Zynismus halten muss.“ (Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident)

Insbesondere die Statements aus der Union, allen voran von Henkel und Lammert, waren hier ‚Gold‘ wert. Deutlicher konnte man nicht klarmachen, dass die „Flüchtlingspolitik“ hierzulande in erster Linie rassistisch getrieben und eben keine ist, die durch Sachzwänge entsteht, wie man uns das weiszumachen versucht. Aber auch seitens der SPD und der Grünen kamen da teilweise schöne unfreiwillige Bekenntnisse zustande. Außerdem geht es freilich darum, und das hängt eng mit ersterem Punkt zusammen, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie heutzutage an den EU-Außengrenzen geschehen, von der Mehrheit der Gesellschaft schweigend hingenommen oder mit Scheinargumenten verteidigt werden.

Die Aktion hat in Deutschland zu einer kontroversen Diskussion geführt. Insbesondere das Ausleihen der Gedenkkreuze für die Toten an der innerdeutschen Grenze wurde stark kritisiert. Der Stellvertretende Bundesvorsitzende

der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“, Hugo Diederich, sieht zum Beispiel keinen Zusammenhang zwischen den Opfern an der innerdeutschen Grenze und den Problemen der heutigen Zeit. Seht Ihr einen Zusammenhang zwischen den Mauertoten und dem, was derzeit an den europäischen Außengrenzen passiert?

Eine Verbindung zwischen den Mauertoten der DDR und den heutigen Opfern an der Grenze zur Europäischen Union zu leugnen, zeugt von Kurzsichtigkeit. Der politisch-gesellschaftliche Kontext ist sicherlich ein anderer – die Menschen, die damals bereit waren und die heute bereit sind, für ihre Freiheit enorme Strapazen und sogar den Tod in Kauf zu nehmen, sind es nicht.

Durch die Einzäunung unserer privilegierten Staatengemeinschaft enthalten wir Frauen, Männern und Kindern aus Krisengebieten wie dem Bürgerkriegsland Syrien den Zugang zu der von uns Europäern so hochgeschätzten relativen Freiheit und Sicherheit vor und treten stattdessen ihre Menschenwürde mit Füßen.

„Es starben 800 Menschen an der Berliner Mauer. Die DDR war ein Unrechtsstaat – Es star-



Aufbruchstimmung: Nach einer Ansprache von Shermin Langhoff am Gorki-Theater, Berlin.

Fotos: Hanna Aders

ben 20.000 Menschen an den Grenzen zu Europa. Die EU ist Friedensnobelpreisträger.“ („Die Anstalt“, ZDF, 18. November 2014, 22:20 Uhr, über „Die Schande von Melilla“)

Wer den Zusammenhang zwischen den damaligen und den heutigen Mauertoten leugnet, verkennt, dass das Streben nach Freiheit und Sicherheit und einem menschenwürdigen Leben keiner geschichtlichen Einordnung bedarf und es unsere Pflicht ist, Freiheit nicht nur als leerer Worthülse auf einer pompösen ‚Mauerparty‘ zu frönen.

Zeitungsberichten zufolge wurde die gesamte Aktion stark durch Polizeikräfte in Serbien und Bulgarien behindert. Wie habt Ihr das Verhalten der Polizei erlebt?

Da wir mit dem Auto hinterher- bzw. später vorausgefahren sind, haben wir nur durch Telefonkontakt mitbekommen, welche Maßnahmen gegen die Busse getroffen wurden. Aber insbesondere durch die Panikmache in Teilen der bulgarischen Presse, in der von ‚Linksterroristen‘ fantasiert wurde, hat man in der Tat mit starker Repression reagiert. Um Yambol (10 km östlich des US-Luftwaffenstützpunkts Bezmer, d. Red.), dem letzteren größeren Ort auf unserer Route vor der bulgarisch-türkischen Grenze, waren alle Unterkünfte mit hochgerüsteten Polizisten ausgebucht, teilweise herangezogen aus der Anti-Hooligan-Einheit aus Sofia, die es dort für gewöhnlich mit militanten Neonazis aufnehmen müssen. Rund um die Hotels standen Panzerwagen. Bei uns verlief der Weg zur Grenze zwar strapaziös, aber doch reibungslos, was den Kontakt mit der Polizei angeht. Nur an der serbisch-bulgarischen Grenze hatten wir zuvor einen kurzen Zwischenfall mit einem Mitarbeiter des bulgarischen Innenministeriums, der uns kurz verhörte und nachhakte, ob wir etwas mit dem „von einer Gruppe Deutscher geplanten politischen Protest“ zu tun hätten. Das stritten wir ab und kamen somit auch recht unkompliziert durch – was hätte er auch tun sollen?



die Repression, ein Innenminister, der seinen Rücktritt androht, sollte der Zaun erreicht werden – und das alles wegen ein paar Künstlern, Hippies, Flüchtlingsaktivisten und sonstigen Linken der handzahnsten Sorte...

Eine Wiederholung der Aktion ist bereits angekündigt worden. Seid Ihr dann wieder mit dabei?

Das ist eine Frage der Zeit, des Geldes und natürlich, ob man von den Fehlern im Rahmen dieser Aktion gelernt hat. Tendenziell aber ja.

Das Interview führte
:Gastautor Philipp Adamik



MEHR IM NETZ UNTER:
• www.politicalbeauty.de
• www.facebook.com/politische.schoenheit